



Für eine menschenwürdige Gesellschaft im 21. Jahrhundert

1. Mai 2006 in Lünen

**Ansprache von Wolf Jürgen Röder, geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der IG Metall**

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort

"Der eine wartet, bis dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt." (Dante Alighieri)

**Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
ich freue mich, unseren „Tag der Arbeit“ heute mit Euch in Lünen zu feiern.
Der erste Mai ist der internationale Feiertag der abhängig Beschäftigten und
ihrer Familien.**

**Weltweit stehen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf öffentlichen
Plätzen und demonstrieren für die Rechte der arbeitenden Menschen – auch
im 21. Jahrhundert viele unter Gefahr für Leib und Leben.**

**Sie kämpfen für elementare Menschenrechte, für das Recht sich zu organisie-
ren, gegen Ausbeutung und Kinderarbeit. Ihnen gilt heute unser Ruf: Es lebe
die internationale Solidarität !**

**Es ist mit dem sozialen Fortschritt nicht weit her, wenn in unserem Land im-
mer noch Menschen um ihre Zukunft bangen müssen.**

**Wer in Arbeit und Brot steht, fragt sich, ob er morgen noch einen Arbeitsplatz
hat. Wer arbeitslos ist, fragt sich, ob er je wieder Arbeit bekommt.**

**Viele ältere Menschen zweifeln, ob ihre Rente in den nächsten Jahren noch zu
mehr reichen wird als zum bloßen Überleben.**

**Dieser Tag der Arbeit findet nach einer für die Metallertinnen und Metaller er-
folgreichen Tarifrunde statt. Eine Tarifrunde, die durch eine überwältigende
Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben während der
Warnstreikwochen entschieden wurde.**

**Kolleginnen und Kollegen, Ihr habt wieder gezeigt, dass Hunderttausende von
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bereit sind, der Tarifforderung ihr Ge-
sicht zu geben, sich zu zeigen und für ihre Interessen einzutreten. Das ist die
richtige Antwort auf Panikmache und Erpressung unter dem Schlagwort von
der Globalisierung – und sie führt zum Erfolg.**

So haben wir bundesweit ein gutes Tarifwerk abgeschlossen. Ein Tarifwerk, das viele unserer Forderungen der letzten Jahre voran bringen wird.

Wir haben eine 3 %ige Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen erreicht.

Wir haben den Tarifvertrag für vermögenswirksame Leistungen, den die Arbeitgeber nicht verlängern wollten, neu durchgesetzt und ihn auf zukünftige Rentenbausteine ausgerichtet.

Wir haben den Qualifizierungs-Tarifvertrag aus Baden- Württemberg bundesweit als Qualifizierungs- und Innovations-Tarifvertrag abgeschlossen. So werden wir zukünftig ein Regelinstrument besitzen, die Beschäftigten für die Zukunft auszubilden, weiterzubilden und zu qualifizieren. Das wird im weltweiten Entwicklungswettbewerb der Wirtschaftsstandorte eine gute Hilfe sein, gerade im Mittelstand den Anschluss nicht zu verpassen.

Ihr habt sicher noch das Wehklagen der deutschen Unternehmer und ihrer Funktionäre im Ohr, das sie bei jeder passenden Gelegenheit anstimmen: „Es ist für die deutsche Wirtschaft zunehmend schwierig, sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten“, beschwerte sich Arbeitgeber-Präsident Dieter Hundt. Und so reden viele im Unternehmerlager. Gebetsmühlenartig wird es in den allabendlichen Talkshows und Nachrichten verbreitet. Moderatorinnen und Moderatoren stellen sich dann noch als „Retter der Nation“ hin, indem sie ihren eigenen Zuschauern die Schuld zuweisen.

„Du bist Deutschland, du bist Schuld“

Kolleginnen und Kollegen, es ist offensichtlich: Wer die Wirtschaftskraft Deutschlands schlecht redet, der will irreführen oder er will keine Ahnung haben! Und – was noch viel schlimmer ist: der schadet uns und gefährdet unsere Arbeitsplätze !

Fakt ist: Der Wert der deutschen Exporte stieg gegenüber dem Vorjahr um über 10 %! Der Exportüberschuss stieg im gleichen Zeitraum auf über 156 Milliarden Euro. In den letzten 12 Jahren wurde die Produktivität um über 20 % gesteigert.

Und das habt Ihr erarbeitet, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Im Übrigen: Wenn wir hier schon über Wettbewerbsfähigkeit reden, dann sind doch unsere niedrigen Lohnstückkosten entscheidend. Sie sind seit 1999 um 10 % hinter dem EU-Durchschnitt zurück geblieben.

Fazit: Deutschland hat kein Problem mit der Wettbewerbsfähigkeit und kein Problem mit der Wirtschaftskraft. Aber trotzdem wachsen die Probleme. Wir haben seit Jahren eine Wachstumsschwäche, die kaum zum Aufbau von neuen Arbeitsplätzen führt.

Im Export sind wir gut, aber die Binnennachfrage ist schwach. Es ist wie im Fußball: Wer nur die Auswärtsspiele gewinnt aber zu Hause verliert, kommt in der Tabelle nicht nach vorne.

4,7 Millionen Menschen sind als arbeitslos registriert. Tatsächlich fehlen 7 Millionen Arbeitsplätze. Im europäischen Vergleich haben wir fast die meisten Langzeitarbeitslosen.

Es fehlt an Ausbildungsplätzen, die jungen Leuten eine Perspektive bieten.
Es fehlt an Arbeitsplätzen, die älteren Kolleginnen und Kollegen Sicherheit bieten.

Wenig und schlecht Qualifizierte haben ein hohes Risiko, arbeitslos zu werden. Je länger man arbeitslos ist, desto schwieriger wird es, wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt einen Job zu kriegen.

In der Konsequenz bedeutet das: Wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Spaltungen nehmen zu. Und die Politik treibt die Gesellschaft in neue Problemfelder, bei der Rente z.B. in die Altersarmut. Und wesentliche Repräsentanten der Politik können oder wollen aus diesen Ergebnissen einer Fehlentwicklung nichts lernen.

Ihre Rezepte zur Lösung der Probleme sind einfallslos. Sie bieten nichts Neues, auch wenn die Talkshows am Sonntagabend die alte Leier der Vorwoche ständig wiederholen.

Ihre immer gleichen Rezepte:

- längere Arbeitszeiten und niedrigere Löhne,
- Kürzung - am besten Streichung - von Urlaubs- und Weihnachtsgeld...
- weniger Kündigungsschutz
- Privatisierung und Reduzierung der sozialen Leistungen....

Alles dient angeblich dazu, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Das ist ihr Allheilmittel.

Wir haben diese vergebliche Therapie schon zwanzig Jahre lang erlebt. Geholfen hat sie nicht, höchstens beim Aufbau privaten Reichtums.

Deshalb wollten CDU/CSU, FDP im letzten Bundestagswahlkampf noch einen Zahn zulegen. Der Bundespräsident hat ihnen dabei auch noch Schützenhilfe geleistet.

Sie wollen

- * Beseitigung der Tarifautonomie,
- * Einschränkung der Mitbestimmung,
- * unbezahlte Arbeitszeitverlängerung,
- * Reallohnkürzungen,
- * Senkung der so genannten Lohnnebenkosten,
- * Weitere Senkungen von Unternehmenssteuern und
- * uneingeschränkte Flexibilisierung der Arbeitsmärkte.

Das heißt:

- Wettbewerb in allen Lebensbereichen.
- Wer hat, dem wird gegeben,

alle anderen können sehen, wo sie bleiben!

Das hatten wir alle schon mal bundesweit mit Helmut Kohl abgewählt. Und dafür hat es auch bei der Wahl am 19. September 2005 keine Mehrheit gegeben. Die Ausrichtung des Staates nach Kapitalinteressen, Deregulierung und Marktliberalisierung hat keine Mehrheit in unserem Volke, ebenso wenig wie die vorher betriebene Politik der Regierung Schröder mit der „Agenda 2010“.

Auch konservative Bundespräsidenten waren da schon mal weiter!

Richard von Weizsäcker hat 1990 auf einem DGB-Kongress gesagt: „Eine Gesellschaft, die glaubt, sich keine starken und unabhängigen Gewerkschaften erlauben zu können, spricht sich selbst die Berechtigung ab, eine freie Gesellschaft genannt zu werden.“

Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht die Gesellschaft, die wir alle wollen. Das ist das Gesellschaftsmodell der Neoliberalen!

Die Ideologen des Shareholder-Value haben nur einen Maßstab: Sie wollen, dass der Mensch Untertan der Aktionärsinteressen wird. Sie wollen den totalen Markt.

Die kurzfristige Steigerung von Gewinn und Aktienkurs wird zum Hauptziel der Unternehmenspolitik. Der Aktionär erwartet nicht mehr 5% Steigerung pro Jahr, sondern 15 %, 25 % oder noch mehr Rendite für seine Aktien. Arbeitsbedingungen, Löhne, Arbeitszeiten und auch Beteiligungsmöglichkeiten von Beschäftigten und Betriebsräten haben sich dem unterzuordnen.

Kolleginnen und Kollegen, das hört sich brutal an, und das ist es auch!

Wir brauchen eine Klärung, ob wir eine solche gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung wirklich wollen. Ich finde es gut, dass wir wieder vermehrt die öffentliche Diskussion über die soziale Verantwortung der Unternehmen im Kapitalismus führen.

Ob der Mensch nur noch ein Kostenfaktor ist, ob Arbeit zur Ware wird, ob die Wertschöpfung nur am Aktienkurs gemessen wird, oder ob die Menschen im Mittelpunkt der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung stehen.

Für uns ist diese Frage entschieden! Dafür gehen wir seit 1896 jedes Jahr am 1. Mai auf die Straße. Und nicht nur dann gilt für uns:

Die Wirtschaft muss für den Menschen da sein und nicht der Mensch für die Wirtschaft.

Wir Gewerkschaften stehen mit unseren Auffassungen nicht allein. Bündnisse mit Kirchen, Sozialverbänden und die vielen Stimmen für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit geben uns Kraft.

Selbst viele Journalisten merken zunehmend, dass ihre immerwährenden Leitartikel zu mehr sozialen Einschnitten auch ihr eigenes Leben und das ihrer Familien betreffen.

**Wir wollen ein solidarisches Gemeinwesen!
Wir wollen, dass die Gesunden den Kranken helfen.
Wir wollen, dass die Jungen den Alten helfen.
Und wir wollen, dass breite Schultern mehr tragen
als schmale!**

Die Unternehmer müssen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen!

Nicht umsonst heißt es im Grundgesetz: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer und demokratischer Bundesstaat! Und: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Nicht umsonst heißt es: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“

Kolleginnen und Kollegen, wer heute den Sozialstaat des Grundgesetzes als „unmodern“ und „rückwärtsgewandt“ verunglimpft: Der steht für gesellschaftlichen Stillstand und Rückschritt. Der will zurück in viel düstere Zeiten. Der verklärt den Profit zum Maßstab aller Dinge. Der hat ein Interesse am Festhalten an ungerechten Verhältnissen. Der steht dafür, dass die Armen arm bleiben, damit die Reichen noch reicher werden können.

Der verwehrt den Menschen, die arbeiten wollen - unabhängig von ihrer Nationalität – ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Die Gewerkschaften haben dazu konkrete Vorschläge vorgelegt: Wir wollen die Geißel der Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Darum: Schluss mit Sparpolitik! Wir brauchen ein europaweit abgestimmtes Investitionsprogramm. Nur so kann die öffentliche Infrastruktur saniert und zusätzliche Beschäftigung geschaffen werden.

Darum: Verhindern wir weitere Arbeitszeitverlängerungen! Sie vergrößern die Arbeitslosigkeit. Oder kann euch noch jemand erzählen, dadurch würden Arbeitsplätze geschaffen? Wir brauchen humane und nicht längere Arbeitszeiten.

Darum: Kämpfen wir für die Stärkung der Binnenkaufkraft!

Die private Nachfrage stagniert. Die öffentliche Nachfrage ebenfalls. Das kann nicht durch Exporte aufgefangen werden.

Darum: Höhere Löhne, vernünftige Sozialleistungen und staatliche Investitionen in die Zukunft... das sind die Meilensteine beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Wir müssen es noch sichtbarer machen: Gewerkschaften, Betriebsräte und Belegschaften müssen handeln, bevor Beschäftigte arbeitslos werden könnten.

Deshalb stehen wir an der Seite der Kolleginnen und Kollegen von Ver.di, die seit dem 6. Februar in der Tarifauseinandersetzung im Kampf gegen Verzicht und Arbeitszeitverlängerung stehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Ver.di: wir unterstützen Eure Forderungen gegen Arbeitszeitverlängerungen und gegen Arbeitsplatzabbau. Wir wünschen Euren Aktionen für einen Tarifvertrag mit allen Bundesländern maximalen Erfolg. In der Arbeitszeitfrage werden alle Gewerkschaften angegriffen. Dabei müssen wir zusammenstehen. Einer für alle – alle für einen !

Unser solidarischer Kampf ist Garant für die Sicherung der Arbeitsplätze. Nur so erhalten wir langfristige Arbeitsplätze in der Region und in der ganzen Republik. Wir Gewerkschafter im Land können stolz sein beim Blick auf das, was wir in diesen schwierigen Zeiten leisten und erreicht haben.

Neben einem sicheren Arbeitsplatz brauchen Arbeitnehmer auch eine leistungsfähige, gerechte und finanzierbare soziale Sicherung.

Natürlich wollen wir, dass die Sozialversicherungen gestärkt werden. Das muss das Ziel aller Reformen sein.

Wir wollen eine Sicherung unseres Lebensstandards im Alter: Wer vierzig Jahre lang seine Beiträge geleistet hat, der darf im Alter nicht zum Sozialfall gemacht werden. Wenn alle einzahlen: Arbeitnehmer, Freiberufler, Selbstständige und Beamte, dann ist das auch finanzierbar.

Nicht zu vergessen: Auch die Arbeitgeber müssen einen dynamischen Beitrag leisten.

Wir brauchen endlich eine Steuerpolitik, die ergiebig, transparent und vor allem: gerecht ist. So fordern wir zum Beispiel die solidarische Einfachsteuer. Schluss mit den Senkungen bei Unternehmenssteuern, her mit einer Vermögenssteuer, damit die Lasten gerechter verteilt werden.

Unsere Vorschläge zur Einkommens- und Vermögensverteilung entlasten nicht nur die unteren Einkommen, sie stärken auch die Öffentliche Hand. Das ist dringend geboten, denn nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Sie brauchen keine öffentlichen Schwimmbäder, Bibliotheken und Sportstätten.

Kolleginnen und Kollegen, alle Menschen müssen in das gesellschaftliche Leben integriert werden. Es darf nicht angehen, dass Migrantinnen und Migranten von engstirnigen Menschen ausgeschlossen oder gar von Schlägertrupps ins Koma geschlagen werden!

Ich sage nicht mehr : Wehret den Anfängen! Heute müssen wir uns alle am Riemen reißen: Zivilcourage ist gefragt.

Beistand gegen Schlägertrupps und nicht Wegsehen: Das ist das Gebot der Stunde!

Schluss mit der Verharmlosung rechtsradikaler Umtriebe.

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, die sich den Lehren aus der Geschichte stellen und die Opfer ihrer Vorväter nicht vergessen wollen, erfüllt es mit Scham und Zorn, dass das NPD-Verbot vorerst gescheitert ist.

Es ist daran gescheitert, dass die Richter nicht mehr klar erkennen konnten, wie hoch der Anteil des Verfassungsschutzes über seine V-Männer an der Spitze der Neo-Nazi-Organisationen ist und wie groß sein Einfluss am rechtswidrigen Tun dieser Banden.

Frech wie Dreck nutzen sie die Freiheitsrechte unserer Verfassung zur Verfolgung von Minderheiten.

In Sachsen sind sie bereits wieder im Landtag.

Aber unsere Verfassung spricht hier eine klare Sprache: Alle Nachfolgeorganisationen der NSDAP gehören nicht nur auf den Müllhaufen der Geschichte – sie gehören ausnahmslos verboten!!!

Kolleginnen und Kollegen, für die Vermeidung von Arbeits- und Perspektivlosigkeit, für die Integration aller in die Gesellschaft ist Bildung eine elementare Voraussetzung.

Spätestens seit Pisa wissen wir: In kaum einem Land sind Bildungschancen so sehr von der sozialen Herkunft und Lage so abhängig wie in Deutschland. Das müssen wir unbedingt und schnellstens ändern!

Bildung für alle!

Vom kostenfreien Platz in der Kindertagesstätte, von der kostenfreien Ausbildung zur Hebamme oder Erzieherin bis zum kostenfreien Erststudium.

„Wer soll das bezahlen?“

Seit vielen Jahren gibt es zur Finanzierung den Vorschlag der „Tobin-Steuer“, einer Abgabe auf alle Währungsspekulationen und internationalen Finanztransaktionen. Das ist eines unserer Hauptthemen in Europa: Gemeinsam Chancengleichheit verwirklichen! Bei den Spekulanten dafür die Steuern kassieren! So wird ein Schuh aus dem sozialen Europa!

Kolleginnen und Kollegen, wenn wir über gesellschaftliche Teilhabe reden, dann gibt es eine Voraussetzung, die wir niemals aus dem Blick verlieren dürfen:

Wichtigste Aufgabe ist es, den Frieden zu erhalten.

Das ist für mich eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union: Nationalistische Wirtschaftsinteressen werden in diesem großen Europa hoffentlich nie mehr kriegerisch ausgetragen werden!

Aber: Auch hier müssen wir vor weiterer Militarisierung warnen. Wir brauchen keine schnellen Eingreiftruppen, um europäische Interessen überall in der Welt militärisch durchzusetzen.

Wir brauchen kein „Bollwerk Europa“, das sich mit allen Mitteln im internationalen Konkurrenzkampf durchsetzen will. Sondern wir wollen das europäische Sozialmodell verteidigen und weiterentwickeln.

Wir wollen Europa im Inneren sozial gestalten, und es muss weltweit für eine friedliche Entwicklung eintreten. Das wäre einen Sitz für Deutschland im UNO-Weltsicherheitsrat wert !

Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, dass ein langer und steiniger Weg vor uns liegt. Wir werden ihn gehen! Schritt für Schritt.

Unser Kampf gegen Unternehmerwillkür, für menschenwürdige Arbeit und für ein menschenwürdiges Leben währt nun schon über 150 Jahre! Generationen haben hierfür gekämpft. Wir werden auf diesem Weg weiter vorangehen. Das ist unsere Aufgabe, das ist unsere Berufung!

Hoch lebe die internationale Solidarität !

Es lebe der 1. Mai!

Glück auf!